Der 82 Jahre alte Journalist **Werner Heine** blickt in seinem Buch „Wie es ist, darf es nicht bleiben“, vermittelt über seine eigene Biografie, auf die politische Geschichte Deutschlands zurück. Sein zentrales Thema dabei ist der „Doublethink“, ein Begriff, den der britische Schriftsteller George Orwell in seinem berühmten Roman „1984“ benutzte. Dieses „doppelte Denken“ findet man aus seiner Sicht auch im „freien Westen“. Unser Autor **Udo Brandes** sprach mit Werner Heine über sein Buch.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/240207_Ich_denke_das_waere_eine_gute_Idee_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Udo Brandes: Herr Heine, wie ist die Idee zu Ihrem Buch entstanden? Und was erwartet den Leser darin?

Werner Heine: Anlass war der Vortrag eines Friedensforschers, der nach dem Wahlsieg von Trump die Frage stellte, ob nun der Westen auseinanderbrechen werde. Die Nachkriegsgeschichte des Westens und das Wirken der westlichen Werte darin erzählte er auf eine Weise, als hätten er und ich in verschiedenen Ländern gelebt. Nach diesem Vortrag, den ich mit Hadley, meiner ältesten, damals 20-jährigen Enkelin gehört hatte, habe ich gesagt, dass ich ihr mal aufschreiben wolle, was mich in meinem Leben zu einem Linken gemacht hat und warum ich glaube, dass etwas anderes auch gar nicht geht.

Der Untertitel Ihres Buches lautet „Über den Wert der westlichen Werte“. Auch wer Ihr Buch noch nicht gelesen hat, kann ahnen, dass Sie den Wert der westlichen Werte in Frage stellen. Was stimmt Ihrer Meinung nach nicht an den westlichen Werten?

Von Mahatma Gandhi, dem Streiter für die Unabhängigkeit Indiens, wird berichtet, dass er auf die Reporterfrage, was er von den westlichen Werten halte, geantwortet habe: „Ich denke, das wäre eine gute Idee.“ So ist es. Schon die Werte der französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – waren prima. Ihre Aufnahme in die UN-Charta 1945 sollte sie weltweit zur Basis allen staatlichen Handelns machen. Aber wenn wir ehrlich sind, ist es bis heute bei der Forderung geblieben. Im Munde geführt werden sie allerdings ständig – leider meist zur Abgrenzung von Staaten, denen wir damit einen Mangel an diesen Werten vorwerfen.

Sie schreiben in Ihrem Buch an einer Stelle: „In einem waren sich die Regierenden im Sozialismus wie im Kapitalismus immer einig: Eine Abwahl des Systems kommt nicht in Betracht, an der Systemfrage endet alle Demokratie. Basta.“ Ich schließe daraus zweierlei: erstens, dass Sie die Bundesrepublik Deutschland weniger als Demokratie sehen, sondern als Kapitalismus, und zweitens, dass Sie von der demokratischen Qualität unseres Systems nicht überzeugt sind. Könnten Sie das bitte einmal näher erläutern?

Der Volkswille steht nur im Grundgesetz an erster Stelle. In allen kapitalistischen Staaten gilt aber: Das Kapital hat Vorrang vor den Interessen der arbeitenden Menschen. Diesen Vorrang des Kapitals zementierte in der BRD auf typische Weise das Mitbestimmungsgesetz von 1976, das dem von der Kapitalseite gestellten Vorsitzenden im sonst paritätisch besetzten Aufsichtsrat von Großunternehmen die ausschlaggebende Stimme zuwies.

Selbst dagegen klagten damals noch die Arbeitgeber, aber das Bundesverfassungsgericht belehrte sie, die Mitbestimmung sei doch „namentlich geeignet …, die Marktwirtschaft politisch zu sichern“. Es gab also selbst die kastrierte Mitbestimmung nur aus purer Opportunität. Die demokratische Achtung eines Mehrheitswillens sähe anders aus.

Überdeutlich wird die Missachtung von Mehrheitsentscheidungen, wenn es um die Systemfrage geht. Der freie Westen ist unter Führung der USA immer wieder gegen jene Wahlergebnisse vorgegangen, die den Vorrang des Kapitals gefährdeten, so zum Beispiel in Kuba oder Chile. Nach der Wahl des sozialistischen Staatschefs Allende 1970 sagte Henry Kissinger, Sicherheitsbeauftragter des US-Präsidenten, er sähe „keinen Grund, warum wir dabei zusehen sollten, wie ein Land auf Grund der Verantwortungslosigkeit des eigenen Volkes kommunistisch wird“.

Ein jüngeres Beispiel für die Missachtung von Volksentscheiden lieferte der damalige deutsche Finanzminister Schäuble, als er dem griechischen Kollegen Varoufakis nach dessen Wahlsieg die Bitte um Neuverhandlung der Tilgung griechischer Staatsschulden abschlug mit dem Satz: „Wir können unmöglich erlauben, dass eine Wahl etwas verändert.“

Dieser „Doublethink“, wie George Orwell das genannt hat, mit dem Machtverhältnisse und Vorurteile zementiert werden, ist ein Hauptthema meines Buches.

Sie beziehen sich in Ihrem Buch immer wieder auf Marx und Engels. Was können uns Ihrer Meinung nach deren Schriften heute noch sagen? Was kann man daraus für die aktuelle Gesellschaft und Politik lernen?

Marx hat gut begründet aufgezeigt, warum der Kapitalismus zwangsläufig eine gesellschaftlich zerstörerische Wirkung hat. Heute müsste man natürlich auch noch die ökologisch verheerenden Wirkungen ins Bild einbeziehen. Und er hat mit seinem Freund Engels dazu aufgerufen, dagegen zu revoltieren. Diese Revolte ist an ihr Ende gelangt, die Arbeiter des „real existierenden Sozialismus“ haben den Kapitalismus vorgezogen. Die Verlockungen waren unwiderstehlich, die sozialistischen Errungenschaften waren es nicht. Aber das hat den Kapitalismus kein bisschen besser gemacht. Er produziert unverdrossen Reichtum bei wenigen (den obersten zehn Prozent), vor allem aber ein Proletariat, das jetzt Prekariat heißt. In allen kapitalistischen Ländern, und es gibt ja nur noch sie, leiden die Mittelschichten unter einem Schwinden von Einkommen und Vermögen, die Unterschichten unter Verarmung. Der typische Ausdruck dieser Entwicklung ist die Zunahme von Spaltungsbestrebungen wie beim Brexit und der Schwenk zu rechtsradikalen, autoritären Parteien und Regierungen. Um das umzukehren, wäre ein sozialistisches Wirtschaften hilfreich, aber eine Bewegung dafür ist nicht in Sicht.

Sie erzählen in Ihrem Buch auch immer wieder aus Ihrem journalistischen Berufsleben. Wenn Sie zurückschauen: Was sind auf der qualitativen Ebene die wesentlichen Veränderungen in der Medienlandschaft?

Beim Gedanken an den Zustand des Journalismus geht es mir wie diesen peinlichen Alten, die immer wissen, dass früher alles besser war. *Spiegel* und *Stern* waren in den Sechziger- und Siebzigerjahren quasi Oppositionsblätter. Sie standen fest zur noch jungen Republik und zur Marktwirtschaft, aber das überlebende Personal aus NS-Zeiten in Politik und Wirtschaft bot genügend Anlass zur Kritik. Der *Spiegel*, selbst noch mit Nazi-Redakteuren ausgestattet, lebte von Enthüllungen über Nazis im BRD-Betrieb. Und auch beim *Stern*, dessen Chef Henri Nannen in seiner Jugend ein glühender Hitler-Verehrer gewesen war, wurde das braune Erbe bekämpft, das sich immer noch im Regierungsapparat räkelte.

Das politische Leitbild bei beiden Blättern war eine Moderne, die irgendwie sozial und liberal sein sollte, die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt war die Regierung nach Wunsch. Sie schien den gesellschaftlichen Fortschritt zu sichern wie das hohe Anzeigenaufkommen. Denn die inserierende Wirtschaft, die Brandt und seinen liberalen Sozis skeptisch gegenüberstand, schätzte zugleich die Reichweiten für ihre bunten Anzeigen, die in hohen verkauften Auflagen verbreitet wurden. Der *Spiegel* kam auf deutlich über eine Million pro Woche, der *Stern* auf mehr als zwei – Zahlen, die den heutigen Kollegen märchenhaft vorkommen müssen. Jedenfalls war genügend Geld da für kostspielige Recherchen und gute Honorare, und über die ordentlich bemessenen Gehälter lästerten die Neider, das seien eigentlich Bestechungsgelder.

Damals gab es noch die DDR.

Richtig, und das machte sich auch im Journalismus bemerkbar. Allein die Existenz der DDR machte den Journalismus kritischer. Es gab „drüben“ eine Alternative, die man als westdeutscher Journalist zwar pflichtgemäß verachtete, deren soziale Grundausstattung aber besser war als jene diesseits der Mauer. Das verärgerte „Geh doch rüber“ an den Mäkelnden im Westen hatte auch immer einen schuldbewussten Unterton: „wenn‘s dir hier nicht passt“. Also wurde Kritik geübt, und der Anlass war oft die Lücke zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit. Aber dann kamen die Wende und der Beitritt, und Schluss war es mit dem heimlichen Wettbewerb um den besseren Staat. Für mich wurde das deutlich beim Raubzug der Treuhand in den „Neuen Ländern“. Das war, für jeden sichtbar, eine regellose und schamlose Aneignung von DDR-Vermögen, aber Kritik daran wurde in der Presse nicht laut. Auch der *Spiegel* blieb stumm.

Dann gab es das World Wide Web und die Konkurrenz durch Internet und Social Media. Das ließ die Auflagen der Printmedien einbrechen, denn die Mediennutzungszeit pro Kopf und Tag lässt sich nicht vervielfachen. Konzentration ist angesagt, die Redakteure sitzen jetzt aus Kostengründen in Pools und sind für mehrere Organe zuständig, oder sie schreiben als Freie bunte Katalogtexte gegen prekäre Honorare. Und die Verlagslandschaft wird auch immer schmaler. Henri Nannen dreht sich vermutlich im Grabe um, seit sein *Stern* nur noch eine kleine Nummer unter vielen im Hause *RTL* ist. „Na, was macht der Sozialismus?“, fragte er gern, wenn wir uns mittags in der Kantine trafen. „Jedenfalls macht er mehr Hoffnung als Ihr Kapitalismus“, hab ich dann gesagt. Heute sind wir leider beide die Gelackmeierten.

In Ihrem Buch beschäftigen Sie sich auch mit der Regierung unter Willy Brandt. Wie sehen Sie dessen Regierungszeit?

Am Tag, als Willy gewählt wurde, war ich in Bonn, als Berichterstatter für *Konkret*. Ich war hochzufrieden, denn ich hatte als frisches SPD-Mitglied an Wohnungstüren in der Nachbarschaft in Hamburg-Winterhude Wahlkampf für Willy gemacht. Es galt schließlich, die Ostpolitik zu verteidigen, die Brandt gegen den erbitterten Widerstand aller Rechten im Lande begonnen und mit dem Warschauer Vertrag und der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zu einem wichtigen Punktsieg geführt hatte. Das sollte nun erhalten und ausgebaut werden, und so kam es auch. Dass aber Brandts Regierung nun einen Sozialismus etablieren würde, wie seine Gegner das im Wahlkampf prognostiziert hatten, daran hatte kein vernunftbegabter Mensch je glauben können. Im Rückblick sage ich: Die Wende in der Außenpolitik war friedenserhaltend und damit eine große Leistung. Und dass Brandt innenpolitisch weiter an der Stabilisierung der kapitalistischen Ordnung arbeiten würde,

hatte ich erwartet.

Wie müsste sich Ihrer Meinung nach die Politik in Deutschland ändern? Und welche Chancen sehen Sie dafür?

Der Krieg in der Ukraine hat alles verändert. Mit Putins Überfall und der Bombardierung Schutzloser ist eine furchtbare, überwunden geglaubte Zeit wiederauferstanden: Konflikte werden auch in Europa wieder mit Waffen, mit Mord und Totschlag ausgetragen – so, wie ich das einst als Dreijähriger erlebt hatte und nie wieder erleben wollte. Furchtbar ist aber auch, mit welcher Geschwindigkeit sich unsere Friedensfreunde von den Grünen und in Teilen auch von der SPD zu rachelüsternen Bellizisten verwandelten. Inzwischen ist aus deren Sicht ja selbst der zögerliche Kanzler Scholz ein Gegner, weil er ihnen und der Ukraine bislang die todbringenden Marschflugkörper verweigert. Die herrschende Politik, die jetzt Frieden mit immer mehr Waffen schaffen will, muss beendet werden – erstens, weil sie immer falsch war, und zweitens, weil sie uns in die Katastrophe führt. Haben denn zwei Weltkriege nicht genügt?

Worin sehen Sie die Ursachen des Krieges in der Ukraine?

Es gehe doch um die Freiheit, sagen uns die Liebhaber schwerer Waffen. Wenn wir jetzt nicht helfen, Russland zu besiegen, würde bald ganz Europa fallen. Das ist die Glaubensfrage in diesem Konflikt, der ich nicht zustimmen kann. Und dann gibt es den praktischen Grund: Die Ostukraine verfügt über größere Mengen Lithium. Und das, so sagt es etwa unser Freiheitskämpfer Kiesewetter von der CDU, brauchen wir für die Energiewende. Und „wenn wir jetzt nicht stärker reingehen“, sagt er, seien „die Folgekosten viel größer“. Im Ernst? Mit Marschflugkörpern und vielen toten jungen Russen gegen die drohende Batterieknappheit?

An welchen Leserkreis ist Ihr Buch gerichtet?

Ich habe das Buch wie einen langen Brief an meine Enkelin Hadley verfasst. Und ich glaube, dass das Thema meines Lebens – die Unzulänglichkeit des Kapitalismus, um es mal nett zu sagen – auch ihr Leben prägen wird. „Wir hatten eine antikapitalistische Sehnsucht“, hat mir mal einer gesagt, der als junger Mann und Sozialist gegen die Nazis gekämpft hatte und vor ihnen nach England geflohen war – und der nach seiner Rückkehr zu einem der Väter unseres Grundgesetzes wurde: Hellmuth von Rauschenplath, Jahrgang 1896. Sein Tarnname im Krieg war Fritz Eberhard. Den behielt er auch nach dem Krieg bei. Er arbeitete als Rundfunk-Intendant und Professor für Journalistik. Mit ihm hatte ich ein Interview gemacht, weil durch seine Initiative 1949 das Recht auf

Kriegsdienstverweigerung in den Katalog der Menschenrechte gekommen war. Diese Sehnsucht des Fritz Eberhard möchte ich weitergeben, damit sie lebendig bleibt.

Werner Heine: Wie es ist, darf es nicht bleiben: Über den Wert der westlichen Werte, Verlag Das neue Berlin 2023, 240 Seiten, 20 Euro.